

1. Änderung der
Bebauungspläne **Nr. 123**
u. Nr. 124

Für das Gebiet
unterhalb des Steinberges,
westlich der Rex-Brauns-Straße

Maßstab 1:500

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes
Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

	Reine Wohngebiete
	Allgemeine Wohngebiete
	Kleinsiedlungsgebiete

Gemischte Bauflächen

	Mischgebiete
	Kerngebiete
	Dortgebiete
	Bahnlinie
	Baugrube
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
	Grenze der Änderung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
	Fürsrichtung, Stellung der baulichen Anlagen
	Überkante Fußboden der Erdgeschoss- über NH
	Fläche für Büro- und Wohnbauten (für Aufsicht- und Betriebspersonal, Betriebsleiter und Betriebsleiter)

Gewerbegebiete

	III Zahl der Vollgeschosse aus Höchstgrenze
	III Zahl der Vollgeschosse zwingend
	0.2 Grundflächenzahl
	1.0 Grundflächenzahl
	3.0 Baumannszahl
	Offene Bauweise
	nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
	nur Hauptgruppen zulässig
	9 Geschlossene Bauweise
	teilweise Untergeschoss zulässig
	A 1 Ausnahmen (siehe textliche Festsetzungen)
	BGF Bruttogrundflächen
	Gr Grundfläche
	a überreichende Beweise
	k/w Aufwindänderung u. 4 Geschosse für Stellplätze

Sonderbauflächen

	Schule
	Kindertagesstätte
	Kindergarten
	Kirche
	Jugendherberge

Weitere Nutzungsarten

	Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformieranlage
	Parkwerk
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu betretende Flächen
	Führung überirdischer Versorgungsanlagen
	Akzidenzen
	Ausgrabung
	Flächen für Aufschüttungen
	St Stellplätze
	GA Garagen
	GA Gemeinschaftsstellplätze
	GGa Gemeinschaftsgaragen
	TGA Tiefgarage
	Fläche mit Bindung an Beplanung und Geh- und Fahrrechten

Verkehrsflächen

	Stellenverkehrsflächen
	Örtliche Verkehrsflächen
	Strassenbegrenzungslinie
	Strassenbegrenzungslinie
	Zu- und Abfahrtsverbot
	Schutzeck Diese Fläche ist von Sichtbehindrungen über 980m gemessen ab Fahrbahnkante, Freizeichen
	Strassenachse
	Böschung
	Wegführung

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

	Flächen für die Landwirtschaft
	Flächen für die Forstwirtschaft
	Flächen für Land- oder Forstwirtschaft
	Bäume

Grünflächen

	z. B. Spielplatz
	Parkanlage
	Dauerkeimgärten
	Sportplatz
	Biotopechutz

Nachrichtliche Übernahmen

	Naturschutz (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)
	Wasserschutz (W), Quellenschutz (Q) oder Überschwemmungsgebiet (Ü)
	Flächen für Bannanlagen

Bestandsangaben

	Wohngebiete
	Wirtschafts- und Industriegebiete
	Wasserflächen, Höfen
	Hochwasser
	95.1 Strahlenmolen vom (ggp)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

1. Eine Überschreitung der nur an den 5,0 m breiten Wohnwegen gelegenen Baugrenzen ist im Einzelfall bis zu 2,0 m, jedoch nur bis zu 1/3 der Gebäudebreite, zulässig.
2. Auf der Haupterschließungsstraße sind an der Westseite mind. je 2,0 m lfdm. Straßenlänge ein heimischer Laubbau zu pflanzen
3. Auf den Freiflächen der Baugrundstücke sind, soweit es die Nutzung und die räumliche Situation zulassen, Bäume und Sträucher anzupflanzen; dabei soll je 500 qm Fläche mindestens ein hochwertiger einzelheimlicher Laubbau angepflanzt und unterhalten werden.
4. Ausnahmen gem. § 3 (3) BauNVO sind ausgeschlossen.
5. Gemäß § 3 (4) BauNVO sind nur Wohngebäude mit ^{nicht mehr als} 2 Wohnungen zulässig.
6. Ausnahmen gemäß § 4 (3) BauNVO sind nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

Bebauungsplan eignet sich nicht zum Abreifen von Maßen

Die Plansunterlage entspricht den Anforderungen des
§ 1 der Planzeichenverordnung vom 19. 1. 1965.
Hildesheim, den 1. 12. 1975
Stadtvermessungsamt
Dr. Roessler

Für die Aufstellung des Planentwurfs.
Hildesheim, den 1. 12. 1975
Stadtplanungsamt
Homa
Leit. Bauamt

Dem Entwurf mit Begründung zu diesem
ungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim
Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitz
23. 6. 1975 zugestimmt.
Hildesheim den 24. 6. 1975
K. Krenn

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 18. 7. 75 bis 18. 8. 75 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.
Die Auslegung ist am 9. 7. 75 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.

Hildesheim am 9. 7. 75

K. E. u. n.
Stadtkanzler

Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde a
Grund der gem. § 2 (5) Bundesbaugesetz vom 2
1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken g
ändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der S
zung am 15.9.75... zugestimmt
Hildesheim, den 16.9.75

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 8. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 15. 9. 75 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 8. 1960 beigefügt.

Hildesheim, den 16. 9. 75

V. Siebel (L.S.) *Ortsh.*
Bürgermeister Stadtkonze

GENEHMIGT
gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960
(BGBl. I S. 341) nach Maßgabe meiner Verfügung
vom heutigen Tage
Hildesheim, den
Der Regierungspräsident
Im Auftrage

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab öffentlich aus.

Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 10. April 1971 für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 10. April 1971